

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Samstag ausser Sonntagen und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 54, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 30 Pf. Postamt-Nr. 7748.

Volkswacht

Subskriptionsgebühr: Bezahlt für die Expedition Westfalen oder deren Raum 20 Pfennige, für Berlin und Provinzial-Veranstaltungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 209.

Mittwoch, den 7. September 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Eine lehrreiche Gegenüberstellung.

Auch in diesem Jahre bemüht sich die arbeiterfeindliche Presse, die Gewerkschaftsstatistik gegen die Arbeiter zu verwerthen und spielen die Verwaltungskosten der Centralverbände hierbei eine Hauptrolle. So schreibt die „Nat.-Lib. Corr.“ am Schlusse eines Artikels, in dem auf die Gefahr hingewiesen wird, welche das Anschwellen der Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter für das Ausdeutertum bringen könnte, wie folgt:

„Einen sehr erheblichen Theil der von den Arbeitern getragenen Beiträge nimmt die Verwaltung in Anspruch. An „Gehältern“ wurden 109,422 Mark gezahlt. Dazu treten noch 120,574 Mark für „Verwaltungsmaterial“, 30,070 Mk. für Konferenzen und Generalversammlungen und 37,244 Mk. für die Generalcommission, so daß sich die Verwaltungskosten insgesamt auf über 325,000 Mark belaufen, eine Summe, welche ungefähr den zehnten Theil der Gesamtausgaben darstellt und die Beschwerden der Socialdemokratie über die angeblich zu hohen Verwaltungskosten bei den socialpolitischen Institutionen des Reiches in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen lassen.“

Anderer Blätter gehen noch weiter und nehmen noch verschiedene andere Ausgabenposten der Gewerkschaften zu den Verwaltungskosten. Der Zweck dieser Bemühungen, so schreibt das „Correspondenzblatt der Generalcommission“, ist klar ersichtlich. Man glaubt, durch solche Hinweise die Arbeiter den Gewerkschaften entfremden zu können. Die Arbeiter gehören nun aber nicht zu dem Leserkreis dieser Blätter, weil deren Abonnementspreis in Folge der hohen Bezahlung, welche die Lieferanten dieser zweifelhaften Geistesproducte erhalten, zu theuer ist.

So viel Unkenntniß kann man selbst bei diesen Mitarbeitern der arbeiterfeindlichen Presse nicht voraussetzen, daß sie nicht wissen sollten, was zu den Verwaltungskosten einer Organisation gehört. Da sie nun bei Ausführung der thatsächlich hierfür aufgewandten Summe selbst den Nachweis führen würden, daß die Gewerkschaften gegenüber allen anderen Organisationen die billigste Verwaltung haben, so bemühen sie sich krampfhaft, alle möglichen Ausgaben als für Verwaltung gemacht zusammen zu rechnen.

Sehr verfehlt aber ist der Hinweis auf die Verwaltungsausgaben der Gewerkschaften im Vergleich zu denen der staatlichen Institutionen. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten im Jahre 1894 bei 5,243,965 Versicherten 58,233,595 Mark Einnahme und eine Ausgabe für Gehälter von 2,817,237 Mark. Das macht pro Kopf der Versicherten eine Ausgabe von 51 Pf. oder 4.54 Prozent der Einnahme. Die Centralverbände hatten bei 214,836 Mitgliedern im Jahre 1895 eine Einnahme von 2,745,617 Mark und eine Ausgabe für Gehälter von 79,123 Mark. Das ergibt pro Kopf der Mitglieder 37 Pf. oder 2.88 Prozent der Einnahme.

Für 1897 stellte sich das Verhältniß für die Berufs-Genossenschaften noch ungünstiger. Die 64 gewerblichen Berufs-Genossenschaften hatten bei 5,666,427 versicherten Arbeitern im Jahre 1896 eine Einnahme von 64,522,466 Mk. Die Verwaltungskosten stellten sich auf 5,183,220 Mk. Davon sind als persönliche Ausgaben zu rechnen:

Reisekosten und Tagegelber u. der Genossenschaftsvorstände	189,956 Mark,
der Sectionsvorstände	133,860 „
der Beamten	48,528 „
Gehälter der Beamten	2,956,029 „
Summa	3,328,373 Mark.

Ob nicht in dem Posten, der in den Berichten der Berufsgenossenschaften als „Finanzen und sonstiger Verwaltungsaufwand“ bezeichnet wird und 410,262 Mark beträgt, noch persönliche Ausgaben enthalten sind, ist fraglich. Die persönlichen Verwaltungsausgaben nach vorstehender Angabe stellen sich bei den Berufsgenossenschaften für 1896 auf 58.7 Pf. pro Kopf der Versicherten oder 5.50 Prozent der Einnahme. Die Gewerkschaften hatten 1897 bei 410,864 Mitgliedern 108,426 Mark Ausgabe für Gehälter. Das macht pro Kopf der Mitglieder 26.3 Pf. oder 2.65 Prozent der 4,083,696 Mark betragenden Einnahme. Die Verwaltung der Berufs-Genossenschaften stellte sich mehr als doppelt so theuer als bei den Gewerkschaften, obgleich diese nur den 14. Theil der bei den Berufsgenossenschaften Versicherten umfassen. Mit der steigenden Mitgliederzahl verringern sich aber die Ausgaben für die Verwaltung pro Kopf der Mitglieder ganz wesentlich.

Wenn man schließlich noch berücksichtigt, daß nach § 25 des Unfallversicherungsgesetzes die Vorstände und Vertrauensmänner der Berufsgenossenschaften ihr Amt als „unentgeltliches Ehrenamt“ verwalteten sollen und in Erwägung zieht, daß mancher dieser Ehrenamtsinhaber aus seinem Geschäftsbetrieb eine größere Einnahme alljährlich hat, als die größten Gewerkschaften an Jahresannahme zu verzeichnen haben, dann offenbar sich deutlich der Werth des Geschreibsels der arbeiterfeindlichen Presse.

Fast ausnahmslos steigt das Gehalt der Gewerkschaftsbeamten in den großen Städten nicht über 1800 Mark pro Jahr, ein Betrag, den die bürgerlichen Zeitungsschreiber der geschätzten Sorte als Nebeneinnahme betrachten. Dagegen weist die kleinste Berufsgenossenschaft, die der Schmiedemeister, mit nur 6000 Versicherten schon eine Ausgabe für Gehälter von nicht weniger als 8938 Mark für 1896 auf. Man ist Angesichts dieser Thatsachen im Zweifel, was man mehr bewundern soll, die Unkenntniß oder die Unverschämtheit der bürgerlichen Zeitungsschreiber, die den Gewerkschaften etwas am Zeuge ficken wollen.

Vom deutsch englischen „Interessenvertrag“.

Ueber den Inhalt der neuesten deutsch-englischen Verhandlungen bleibt man noch immer auf Vermuthungen angewiesen. Die Regierungen hüllen sich in Schweigen. Sicher erscheint nur, daß es sich wirklich um recht bedeutende Angelegenheiten gehandelt hat. Nach einer Berliner Correspondenz der „Köln. Ztg.“ hat allerdings die Delagoa-Bat-Frage eine Rolle bei den Abmachungen in London gespielt; es ständen aber dem deutschen Zugeständnisse auch englische gegenüber.

Etwas Näheres will die „Intern. Corresp.“ von diplomatischer Seite erfahren haben. Dieselbe schreibt: „Die zwischen der deutschen und der englischen Regierung geführten Verhandlungen hatten nicht ohne gegen Rußland geführte Spitze, sondern sie wurden deutscherseits unter völliger Zustimmung der Petersburger Regierung geführt, weshalb sie gewissermaßen den ersten greifbaren Erfolg der Friedensunternehmung des Czaren darstellen. In dem Meinungsaustrausch, welcher im Anschluß an die Note vom 23. August zwischen den

Regierungen Deutschlands, Englands und Rußlands stattfand, betonte man russischerseits ausdrücklich, daß der Czar die Ausscheidung der elsaß-lothringischen Frage aus der Politik Frankreichs als die Grundlage jeder europäischen Friedenspolitik anlehe. Da nun Frankreich durch seine gegenwärtigen inneren Wirrnisse genöthigt ist, sich diesem Wunsche des Czaren unbedingt zu unterwerfen, so erlangte hierdurch die deutsche Regierung freie Hand, um sich mit England über einige schwerwiegende afrikanische Streitfragen zu verständigen, ohne hierbei auf Frankreich eine allzuweitgehende Rücksicht nehmen zu müssen. Das bisherige Ergebnis dieser Verhandlungen dürfte jedenfalls darin bestehen, daß Deutschland durch seine Zustimmung zur Aufhebung der gemäßigten Gerichtsrechte in Egypten die britische Herrschaft in Egypten als rechtmäßig anerkennt, und daß andererseits Deutschland auf einen Einspruch gegen die englische Erwerbung der Delagoa-Bucht verzichtet, wogegen England auf seine angeblichen Oberhoheitsrechte über Transvaal formell Verzicht zu leisten verspricht.

Bezüglich der Orientfrage werden voraussichtlich die Verhandlungen noch fortgesetzt werden. Auf diesem Gebiet dürfte man in Berlin besonders die Zurückziehung der englischen Pläne betreffend Erbauung von Concurrenzbahnen in Kleinasien erwarten, sobald die Fortsetzung der deutschen anatolischen Bahn bis zum Caprat erfolgen kann. Das britische Cabinet soll aber die Zustimmung Deutschlands auch zur englischen Aeta-Politik wünschen, wonach die Gouverneursfrage vertagt und die provisorische Verwaltung unter Mitwirkung sämmtlicher Mächte durchgeführt werden soll.

In Petersburg sieht man jedenfalls eine Verständigung Deutschlands mit England um deswillen nicht ungern, weil durch eine genaue Abgrenzung der nichtrussischen Interessen im Orient für die russische Colonisationsarbeit in Mittel- und Ostasien eine bessere Rückendeckung geboten und zugleich die vom Czaren empfohlene Abrüstungskonferenz die Zahl der zu schlichtenden Streitfragen wesentlich verringert wird.

Sind schon diese Mittheilungen theilweise recht unflatter Art, so laufen über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen England und Rußland Nachrichten ein, die im vollsten Widerspruch mit einander stehen, ohne daß eine Controle im Augenblick möglich ist. Die „Times“ melden aus Peking vom 5. d. M., daß die Russen unter dem Schutze von bewaffneten Kosaken mit dem Bau einer Zweig-Eisenbahnlinie beschäftigt seien, welche den Hafen Niu-tschwang mit der Hauptlinie verbinden solle. Die Russen beständen auf ihrem Rechte, für Eisenbahnzwecke Land durch Zwangskauf zum Schatzungswerthe zu erwerben und sie gingen vor, als ob Niu-tschwang bereits unter russischer Herrschaft wäre; an der Mündung des Jaffa-Heimflusses auf Bänderien, welche Engländern gehörten, Feldfrüchte ein und errichteten starke Militärlager zum Schutze der Eisenbahnverbindung.

Ja, „Daily Mail“ berichtet sogar aus Shanghai von einem dort herrschenden Gerücht, daß die englischen Flotten Befehl erhalten hätten, bei Niu-tschwang sich zu versammeln.

Dieser Zuspitzung der ostasiatischen Situation entspricht die kühle Sprache, mit welcher die englischen Regierungsblätter Balfours Antwort auf die russische Einladung zur Friedenskonferenz beglücken. Der „Standard“ insbesondere bringt einen auffälligen Artikel, der ausführt, die verschiedenen Nationen könnten ihre Friedensliebe am besten beweisen, indem sie ihre Vorzugsrechte in China aufgeben. Ferner vermerkt das Blatt, daß der Czar den Bau der zu militärischen Zwecken dienenden Bahn von Wera nach Herat, durch die ein England befreundeter Staat (Afghanistan) bedroht werde, einstellen lasse.

Offenbar ist man in englischen Regierungskreisen längst außer Zweifel über die Hintergedanken der russischen Friedenspost.

Im vollsten Gegensatz zu ihrer eigenen oben wiedergegebenen Mittheilung behauptet „Daily Mail“ andererseits,

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Nemikowitsch-Dantschenko. (Nachdruck verboten.)

XVIII.

Zwei Hochzeiten.

Die Scheidung Korotkowsky's von seiner Frau wurde vollzogen. An einem der nächsten Tage sollte die Hochzeit Alexandra Jakowlewna's mit Bubnow in einer kleinen Kirche Petersburgs auf das Einfachste gefeiert werden. Die Braut wollte die Deffentlichkeit vermieden sehen. Sie sagte, die Menge der Neugieriger, die ganze alberne Decoration der Trauung mache die Kirche zu einem Ausstellungsorte, und Braut und Bräutigam müßten sich vornehmen wie Verbrecher, die zu begangen alle Welt gekommen sei. — Nur wenige Gäste waren geladen, darunter die Fürstin Worotynskaja und einige der nächsten Bekannten Bubnows.

Am Tage vorher hatte Kenia pünktlich die versprochenen 25,000 Rubel bekommen und trug sie, wie eine vorsichtige Bürgersfrau, sofort auf die Staatsbank.

Der Vater hatte ihr eine Einladung zu seiner Hochzeit geschickt.

„Ich werde bestimmt kommen!“ sagte Kenia und lächelte so sonderbar dabei. —

Alexandra Jakowlewna ahnte Nichts von der Verlobung Kenia's mit dem General und freute sich schon im Stillen darauf, nun doch endlich den Sieg über das „gewöhnliche Mädchen“, über die „Tochter der Wäscherin“ davonzutragen; — war doch mit ihrer Hochzeit auch ihre Stellung in der Gesellschaft, nach der Alexandra so lange vergebens gerungen, gesichert und befestigt. —

Auch Kenia traf mit feierhafter Hast die Vorbereitungen

zu ihrer Hochzeit. Sie hatte erfahren, wo die Trauung ihres Vaters stattfinden werde, und bis mit ihren kleinen weißen Zähnen so eigenthümlich auf die Unterlippe, als Korotkowsky ihr über die Vorbereitungen zur Hochzeit ihres Vaters berichtete.

Der General war überglücklich. Kenia sah sich ihren Zukünftigen bei dieser Veranlassung sehr genau an und beschloß darauf, ihn auch nach der Hochzeit bei sich zu behalten.

„Wozu wollen Sie diese Ruine verwenden?“ fragte man sie.

„Als Schloß!“ antwortete sie cynisch.

„Mag er um mich bleiben; ich werde ihm ein Zimmer oben zur Verfügung stellen; — es wird ein B-hinter mehr im Hause sein, das ist Alles!“

Als man dem General den Entschluß seiner künftigen Gemahlin mittheilte, mochte er die Sache wohl falsch verstehen. Er eilte sofort zum Friseur, und als er zurückkehrte, waren sein Bart violett und seine Augenbrauen ganz grün.

Als Tag ihrer Hochzeit hatte Kenia den Hochzeitstag ihres Vaters bestimmt.

Während der Ceremonie der Trauung Bubnows mit Alexandra Jakowlewna hatten sich die Kirchentüren geöffnet und mehrere Personen waren eingetreten.

Alexandra sah sich um, vermochte aber, von den vielen Lichtern geblendet, Niemanden zu erkennen.

Endlich war die Festlichkeit zu Ende. Der Geistliche gratulirte dem neuvermählten Paare. Alexandra Jakowlewna war überglücklich und blickte lächelnd zu den Gratulanten auf. Kapitän Bubnow reichte einem Jeden die Hand und verbeugte sich tief. Möglich erbleichte die junge Frau, denn Kenia kam in ihrem vollen Hochzeitsstaate, den General am Arm, auf sie zu.

„Was soll die Maskerade?“ rief Alexandra Jakowlewna, sich kaum beherrschend.

„Wie meinen Sie das?“ gab Kenia ruhig zurück.

„Ich verheirathe mich heute hier mit dem General.“

Der Genannte streckte die Brust heraus und klickte mit den Sporen.

Kenia hatte es sich nicht versagen können, sich auf diese Weise zu rächen.

Bubnow schüttelte nur den Kopf. Endlich rief er aus: „D, diese Weiber! diese Weiber!“

Die Regel hatte ihr Ziel getroffen, und der edlen Alexandra Jakowlewna war die ganze Freude verborben.

Auch die zweite Ceremonie hatte, abgesehen von kleiner Unterbrechungen, welche der General durch sein würdevoll-komisches Benehmen hervorrief, endlich ihr Ende erreicht; Kenia wurde in ihren kostbaren Pelz gehüllt und auch der General zog seinen Pelzrod an.

Die Troika fuhr vor.

„Nun, General“, wandte sich die junge Frau an ihren Gemahl, „jetzt können Sie nach Hause fahren.“

„Und Sie?“

„Ich — ich fahre mit meinem Begleiter ein wenig aus. Jean wird Ihnen zu essen geben und Ihnen Ihr Zimmer anweisen.“

„Und ich darf nicht in Ihrem Wagen mitfahren?“

„Nein, nein, in Ihrem eigenen Interesse. Sie können mir unterwegs abfallen, und ich will die Verantwortung nicht auf mich nehmen! — Also fahren Sie ruhig nach Hause; wenn ich Sie einmal gebrauchen sollte, werde ich Sie rufen lassen!“

Kenia, Nadja, Korotkowsky und einer der Brautfräuer setzten sich in die Troika und fuhren davon. Der General drehte sich einige Mal auf seinem Platze hin und her und

es sei in der ästhetischen Frage zwischen England und Frankreich eine vollständige Verständigung erzielt worden.

Ein neues Attentat auf das Wahlrecht.

Gegen das Reichstagswahlrecht hat Graf v. Mirbach jetzt die Agitation wieder aufgenommen. Unmittelbar vor den Wahlen suchte er seine früheren Meinungen im Herrenhause bekanntlich möglichst abzuschwächen.

Wir erschien es notwendig, um das Deutsche Reich ein sehr starkes demokratisches Band zu legen, wegen der Gefahr, welche ich in partikularrussischen Neigungen deutscher Fürsten anahm.

Danach hat also Fürst Bismarck aus Angst vor den Fürsten das demokratische Wahlrecht angenommen. Jetzt aber, wo man den Fürsten gegenüber keine Besorgnisse mehr hat, soll dem Volk das „demokratische Band“ wieder genommen werden.

Die Politik der Brotverheuerung.

Schon seit Jahrzehnten kämpft die Socialdemokratie Deutschlands gegen die im Interesse der ostpreussischen Junker von den deutschen Regierungen eingeführten Schutzzölle auf Lebensmittel.

Als ausreichender Beweis für die Gefährlichkeit der deutschen Zollpolitik können folgende Zahlen über die Ein- und Ausfuhr an Weizen dienen, der bekanntlich in Deutschland in relativ unbedeutenden Mengen angebaut wird.

Table with 3 columns: Im Jahre, Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm, Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm. Rows for years 1890-1897 and totals.

Die Weizenzufuhr, d. h. der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

Die Einfuhr von Weizen stieg demnach trotz einer Reihe guter und sehr guter Ernten von 1896/97 bis 1894/97 von ca. 3,576,000 Tonnen auf ca. 4,928,000 Tonnen.

folgende Notiz aus dem Bündlerorgan über den Fehlbetrag der Welternte. Nach der schon einmal in diesen Blättern erwähnten Zusammenstellung des ungarischen Ackerbau-

bedeutet man, daß die Weizenpreise schon jetzt die Höhe erreicht haben, die sie im Hungersjahre 1891 hatten, sowie den Umstand, daß es schon jetzt in zahlreichen Industriezweigen zu „Preisen“ beginnt.

Die Folgen der Fleischverheuerung.

Die Segnungen unserer Zollpolitik, ihre Wirkungen besonders auf die Volksernährung documentieren sich immer wieder drastisch, neuerdings an den Fleischpreisen dies-

Weiter stellen sich zur Zeit im Preise eine Genuß in Posen 2-3 Mk., in Krampen 1-1,20 Mk., in Boleslawice 50-60 Pf., eine Gans in Posen 3-6 Mk., im Kreise Krampen 1,50-2,50 Mk., in Boleslawice 1,25-2,25 Mk.

Der Fleischverbrauch in Berlin seit Jahresfrist stetig erheblich zurückgegangen. In dem Geschäftsjahr vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 sind auf dem hiesigen Viehhof 50,491 Tiere weniger angetrieben worden als im entsprechenden Jahre.

Weitere große Militärforderungen?

Der Reichstag in Folge der letzten Cavallerie- und gränzlische Reorganisation und den Stenergeblättern eine ebenso „gränzlische“ Schröpfung heuert.

Von den schwanungsstüchtigen Kriegervereinen.

Der obige eventuelle im September. Aus Gredekmühlen in Verbindung mit anderen ähnlicher Partei-Organ folgender

„Ja, das will ich Ihnen erklären: ich habe mich nämlich heute verheiratet.“ „Wie? Was?“ riefen die Anwesenden lachend durcheinander.

Vorfall mitgeteilt. Drei dortige Einwohner sind durch nachstehendes Schreiben überrascht worden: „Da Ihr ganzes Auftreten und Verhalten dem unterzeichneten Vorstande die Ueberzeugung hat verschaffen müssen, daß Sie trotz Ihrer neulich abgegebenen Erklärung der socialdemokratischen Partei wenn auch vielleicht nicht angehören, so hoch dieselbe unterstützen und Vorzug leisten und mit Angehörigen derselben in naher Beziehung stehen, so stellen wir es Ihnen anheim, binnen drei Tagen aus dem Kriegerverein auszutreten, andernfalls sehen wir uns gezwungen, Sie aus demselben auszuschließen.“

Das Schriftstück ist ein Beweis dafür, welche unfinnigen Sprünge die neudeutsche Gesinnungsschnäffelei zu machen im Stande ist.

Boycottir haben jantmliche Reserve- und Landwehroffiziere das Kriegervereinsfest der vereinigten Krieger- und Militärvereine Wühlhauens am Sedantage. Der Bezirkscommandeur Hr. v. Sedhardt antwortete auf die Einladung, daß er sich an den Festlichkeiten in keiner Weise zu theilnehmen gedenke.

Dem Kriegerverein „Germania“ in Halle sind durch eine Verfügung der Polizeiverwaltung die Vorrechte der Kriegervereine entzogen worden, die darin bestehen, daß er öffentliche Aufzüge unter Führung der Kriegervereinsfahne nicht mehr veranstalten darf.

Zum Fall Zietzen. Herr Gustav Landauer hatte vor mehr denn 6 Monaten im „Socialist“ einen Polizeicommissar beschuldigt, in der Untersuchung gegen Zietzen mehrere wichtige Schriftstücke gefälscht zu haben, um die Verurteilung des Zietzen herbeizuführen.

Russisch-polnische Staatsangehörige sind wie in Frankfurt a. M. auch in Elberfeld ausgewiesen worden. In Gerresheim wurde die bereits verfügte Ausweisung anen 8 Familien, zusammen 33 Köpfe, rückgängig gemacht.

Ausland.

Die Dreifusangelegenheit.

Der nächste Ministerrath wird am 12. d. M. stattfinden. Für den Fall jedoch, daß der Justizminister Garrien in der Angelegenheit der Revision des Dreifusprozesses eine Mittheilung zu machen hat, kann auch ein früherer Termin für den Zusammentritt festgesetzt werden.

Hebiger's Labori ein Besuch um vorläufige Ver-
lassung unterzeichnet haben. Es ist überhaupt verwunder-
lich, daß Ricquart noch in Haft bleibt, nachdem sein Haupt-
gegner und Belastungszeuge Henry als Fälscher entlarvt
worden ist.

Eine Marine-Infanterie-Offizier weilte kürzlich dienstlich
auf der Teufelsinsel. Er sah den fast zum Skelett
abgemagerten Hauptmann Dreyfus, welcher seit vier
Jahren frisches Fleisch verschmähend von Konserven lebt.
Seinen Wächtern giebt er keinen Anlaß zur Klage. Er steht
stundenlang mit gekreuzten Armen vor seiner Hütte
und blickt aufs Meer hinaus. Obwohl er eine starke
Natur hat, würde eine plötzliche Mittheilung, daß
er die Teufelsinsel verlassen solle, ihm das Leben kosten.
Wenn der Moment gekommen ist, wird Frau Dreyfus zweifel-
los ermächtigt werden, ihn brieflich vorzubereiten.
In einem Briefe vom 27. Juni an seine Gattin spricht Drey-
fus die Hoffnung aus, daß sein an Faure gerichtetes Re-
visionsgesuch Erfolg haben werde. Er schreibt u. A.: „Mein
Leben gehört Frankreich, meine Ehre unsern Kinder!“

Ein Sieg der schweizerischen Socialdemokraten.

Einen prächtigen Wahlsieg haben Sonntag die Socialdemo-
kraten in Winterthurg errungen. Am 14. August fand der
erste Wahlgang statt für die Wahl eines Mitgliedes in den Canton-
rath und zweier Mitglieder in den Großen Stadtrath. Der Canton-
rathssitz sowie ein Sitz im Stadtrath hatte den Demokraten gehört,
der andere Stadtrathssitz den Socialdemokraten. Im ersten Wahl-
gang kam nur eine Wahl zu Stande und zwar für den Stadtrath.
Der Gewählte war ein Liberaler. Am 22. und 23. September
wurde, während des Socialdemokraten Wahl und der Demokrat
Wahl, welche auf den Listen dieser beiden Parteien standen, 1455
resp. 1061 Stimmen erhalten. Gestern gingen alle drei Parteien
selbstständig vor und sie legten nun die Socialdemo-
kraten in beiden Wahlen. Ihre Candidat Pfarrer Reichen
wurde mit 1825 Stimmen in den Cantonrath gewählt und Nöhl
mit 1702 Stimmen in den Großen Stadtrath. Im ersten Wahl-
gange erhielt Reichen 1210, der Liberaler 1406 und der Demokrat
555, gestern der Liberaler 1611 und der Demokrat 321 Stimmen.
Die Socialdemokraten blieben mit nur 97 Stimmen hinter beiden
Parteien zurück, jedoch galt die relative Mehrheit. Sie gewinnen
den Cantonrathssitz und behaupten ihren Stadtrathssitz; einen
solchen gewannen auch die Liberalen, während die Demokraten
Alles verloren. Vor wenigen Jahren noch die stärkste Partei, sind
heute die Demokraten als Mittelpartei fast völlig aufgegeben.

Etwas Neues von Areta.

Es wird berichtet: Die Bevölkerung der Stadt Candia
steht mit den Engländern im Kampfe. Der Militär-
und Civilgouverneur von Canea boten den Engländern die
Unterstützung der türkischen Truppen an. Abends 6 Uhr
wurde Candia bombardirt.

Afrikanisches.

Aus dem Sudan wird berichtet, die englische Cavallerie
habe 30 Meilen hinter Damburman die Verfolgung des
Schalifen aufgegeben, da die Pferde, welche
48 Stunden unter dem Sattel und davon 15 Stunden an
Kämpfen betheiliget waren, vollständig erschöpft waren.
General Ritchener hat jedoch arabische Kameelreiter-Patrouillen
organisiert, welche die Verfolgung fortsetzen sollen. Der
Schalif hat sich nach Gorbosan gewandt. In Chartum wurde
am Sonntag eine Gedenkfeier für General Gordon veran-
staltet.

Bei den Wahlen zum Cap-Parlament er-
rang in Uitenhage die Fortschrittspartei (Rhodespartei) uner-
warteter Weise zwei Siege. Die Wahlen sind jetzt nahezu
beendet; es sind 40 Anhänger des Afrikander-Bonds und
37 Fortschrittler gewählt. Wenn in Bryburg, wie erwartet
wird, zwei Fortschrittliche gewählt werden, dann wird der
Afrikander-Bond-Partei eine Mehrheit von nur einer Stimme
verbleiben.

Der Sultan von Marokko soll nach der „Internat.
Corresp.“ beabsichtigen, sein Heer nach europäischem
Muster zu reorganisiren, wozu einerseits deutsche
Heeresinstructoren berufen und andererseits junge Marokkaner
zur Ausbildung im europäischen Militärdienst entsandt werden
sollen. Gleichzeitig wünscht der Sultan die Schaffung
einer Küstenflotte, für deren Dienst er ebenfalls
Eingeborene in Europa ausbilden lassen will. Man sagt, daß
sich Abdul Aziz zu diesen Plänen besonders auf Zureden des
deutschen Gesandten entschlossen habe.

Partei-Angelegenheiten.

Die preussischen Landtagswahlen. Die Vertrauens-
leute von Berlin, Zeltow-Beckow und Nieder-
barnim antworten auf den auch von uns veröffentlichten Artikel
Bebel's Folgendes:

Der Genosse Bebel wirft den Berliner Genossen vor, sie hätten
gegen den Parteitagbeschuß gehandelt. Wo? fragen wir.
Wenn man den Parteitagbeschuß aus dem Buchstaben ge-
mäß nimmt, dann kann man allerdings zu dieser Auffassung kommen.
Es heißt darin: Die Betheiligung . . . ist überall geboten, wo die
Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermbilligen.“ Die rein
äußerliche Möglichkeit ist hier in Berlin vorhanden, das ist nicht
zu bestreiten; aber handeln wir, wenn wir uns betheiligen, auch dem
Sinn des Beschlusses gemäß?

Soll der Hamburger Beschuß überhaupt einen Sinn haben,
so kann es nur der sein, die Reaction zu schwächen. Das kann
nur erreicht werden durch directe oder indirecte Unterstützung der
bürgerlichen Opposition — da wir durch eigene Kraft keinen Can-
didaten durchziehen können und die Anstalt, Comper liste mit den
Gegnern abzuschießen, um dadurch Mandate zu erringen, abgelehnt
ist. Für die so gestellte Resolution Bebel (mit dem Amendement
Rittig) stimmte u. A. Arons, Auer, Bebel etc.

Der Antrag, direct für die Freisinnigen einzutreten, wurde
von Auer an' den Parteitag zurückgegeben. Wir fragen nun: Was
hätten die Berliner zu thun, um dem Parteitagbeschuß gerecht zu
werden?

Wahlmänner wählen zu lassen, um die Reaction zu schwächen“,
trifft für Berlin nicht zu, da objectiv Freisinnige gewählt werden.
Wahlmänner wählen zu lassen, um durch Compromisse Man-
date zu erringen“, ist glücklicherweise durch die Resolution Bebel
verboten.

Wollte übrig, daß wir Wahlmänner wählen ließen, nur um
wählen zu können. Für diese Komodie ist aber in Berlin kein
Gedanke zu haben.

Das bewegt den Genossen Bebel aber auch nicht. Deutlicher
wird er weiter unten, wo er ausführt, es wäre möglich, so viel
Wahlmänner durchzusetzen, daß wir die Gegner zwingen könnten,

uns etliche Mandate zugestehen. Ja, Genosse Bebel, wo bleibt da
der Hamburger Beschuß? Die liebevolle Erwärmung für die
Karlsruher Genossen hindert nicht, daß dergleichen Dinge durch den
Hamburger Beschuß verboten sind.

Wie stehen nun die Dinge?
Man will uns den Vorwurf machen, wir hätten den Partei-
tags-Beschluß nicht und empfehlen uns, gegen den Beschuß zu
handeln.

Hiergegen erheben wir energisch Protest!
Und nun noch eins: Wochenlang hat man in der ungenüt-
zlichen Weise gegen den Hamburger Beschuß agitirt, indem man für
die sofortige Unterstüßung der Freisinnigen oder für Compromisse
eintrat. Da hat sich kein Parteigenosse geregt, erst der Berliner
Beschuß hat es ihnen angethan. Und nun in der Polemik: nach
rechts harte Worte, nach links scharfer Tadel! Ist das ein Zufall
oder Charakteristikum?

Wenn der Genosse Bebel die Genossen im übrigen Preußen
auffordert, sich durch das Beispiel der Berliner nicht betrunken
zu lassen, so rathen wir den Genossen: Ueberlegt Euch erst sorgfältig,
ob Ihr für die Parteien, welche etliche sonderbare Schwärmer in
der Partei selber jetzt auch schon zur „bürgerlichen Opposition“
rechnen — das Centrum und die Nationalliberalen — eintreten
könnt; hütet Euch vor Compromissen, welche corruptirend wirken
müssen; lehrt unsere Arbeitsgenossen kämpfen, aber nicht im Per-
bann der bürgerlichen Parteien!

Die Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises lehnten
nach einem Referat Sachbagen die Betheiligung ab, da keine
Aussicht auf irgend welchen Erfolg vorhanden sei.

Eine Parteiconferenz für Hessen-Massau, die am Son-
ntag in Offenbach tagte, beschloß, Betheiligung an den preussischen
Landtagswahlen zu empfehlen.

In Hagen beschloß die Kreisconferenz, den einzelnen Partei-
genossen anheimzugeben, ob sie für die freisinnigen Wahlmänner
stimmen wollen; selbstverständlich müsse jede Stimme gegen den
Nationalliberalen lauten.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Ein moralisch tief gesunkener Mensch wurde dem Land-
gericht I in Berlin in der Person des Anführers Richard
Morik noch vorgeführt. Der erst 30 jährige kräftig gebaute
Angeklagte leidet, wie seine Vorstrafen beweisen, an chronischer
Arbeitsfurch. Um sich Unterkunft im Gefängnisse
zu verschaffen, griff er zum Mittel der Majestätsbe-
leidigung und versuchte dabei in so energischer Weise, daß
ihm eine lange Bestrafung in Aussicht stand. Am 4. August
d. J. sandte er sowohl an das Militär- wie an das Civil-
cabinet des Kaisers je einen Brief, der die größten
Schmähungen enthielt und ein drittes Schreiben gleichen In-
halts sandte er an die Redaction einer hiesigen größeren Zei-
tung mit der Bitte um Veröffentlichung. Im Termin spielte
der Angeklagte den Stumpfsinnigen, er gab zu, die Briefe
geschrieben und abgehandelt zu haben, war aber zu Erklärungen
über den Beweggrund nicht zu bewegen. Der Staatsanwalt
Dr. Komen hatte keinen Zweifel an der vollen Zurechnungs-
fähigkeit des Angeklagten, er beantragte gegen denselben eine
Gesamtsstrafe von drei Jahren Gefängniß. Der
Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage. Der Angeklagte
erklärte, sich bei diesem Urtheil beruhigen zu wollen.

Der Redacteur des Münchener Wigblattens Pfiffikus,
Kost, wird vor das nächste Schwurgericht wegen Majestäts-
beleidigung gestellt.

(Nade der Kritik: Politische Ueberfälle.)

Arbeiterbewegung.

Die ausgesperrten Maurer und Zimmerer in Spandau
haben am Montag durch drei gewählte Personen (Venne, Stolz
und Blanke) die Vermittelung des Einigungsamtes in Spandau
angerufen.

Die Ausperrung der Bauhandwerker in Magdeburg.
Der Arbeitgeberverband will sich auf keinerlei Verhandlungen ein-
lassen. Weder will er die Commission zwecks Schlichtung der
Streitigkeiten und Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
noch die bereits bestehende Organisation der Arbeiter anerkennen.
Demgegenüber ist nochmals festzustellen, daß sich die Arbeiter bereit
erklärt haben, die Arbeit zu den bisher gezahlten Löhnen von im
Allgemeinen 43 Pf. für Maurer und Zimmerer, 38 Pf. für Bau-
arbeiter, und den sonst bisher üblichen Arbeitsbedingungen auf-
zunehmen und auch die in Folge der Ausperrung in Magdeburg
verhängte Sperre vollständig aufzuheben. Die Arbeitsbedingungen
waren frühere Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter —
neue Lohnforderungen haben die Aussperrten also nicht gestellt.
Sodann haben dieselben gewünscht, daß

gegen Ende dieses Monats mit einer Commission, wie dieselbe
in dem Protocoll über die gepflogenen Unterhandlungen vor dem
Herrn Oberbaurmeister Schneider festgesetzt, in Unterhandlung
zu treten ist, um

- a) gemeinschaftlich auf Grund des von dem Arbeitgeberverband
selbst angelegenen Protocolls einen Arbeitstarif auszu-
arbeiten, und
b) die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr,
vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Mandatgeber zu be-
einbaren.

So ist denn der Kampf durch das starrköpfige Verhalten der
Unternehmer, die eine demüthige Unterwerfung der Arbeiter ohne
jede Verhandlung fordern, verschärft und der Beschuß der Bau-
handwerker, auch auf den übrigen Bauern die Arbeit einzustellen,
wenn eine Verhandlung abgelehnt würde, zur Ausführung ge-
kommen. Die Zahl der Ausständigen und Aussperrten hat sich
um 500 vermehrt und befinden sich somit 2000 Bauhandwerker im
Ausstand. Dieses rückwärtslose Vorgehen der Unternehmer wird im
ganzen Lande die lebhafteste Sympathie für die Aussperrten ent-
fachen und wir sind überzeugt, den Bauhandwerkern wird in dieser
über sie fröhdlich abhängigen Ausperrung auch die materielle Unter-
stützung der Arbeiterchaft sicher sein.

Zum Wasserstreik in Hamburg. Die Forderung der Bäder-
innungsleiter, daß nach Aufhebung des Prohibitions die durch
diesen verärgerten nichtprohibirten Reister in's Lager der Innung
zurückkehren würden, hat sich nicht erfüllt, sondern es haben viel-
mehr mehrere Inhaber von Bädereien die Forderungen der Schlichter
bewilligt, so daß sich deren Position noch etwas verbessert hat. —
Nichtsofortiger nehmen nach wie vor die Innungsführer den
Mund gewaltig voll und machen dem Publikum Kunststückchen vor,
welche kein Bellacchini fertig bringen dürfte.

Aus aller Welt.

Ein Messerstecher, der zwei Familienmitglieder zum Opfer
gefallen sind, ist in der Nacht zum Sonntag in Schiditz (West-
preußen) erschossen. Die „Danz. Ztg.“ berichtet darüber: Son-
abend Nacht trieb in Schiditz der 21jährige Arbeiter Rudolf Brunk,
begleitet von einigen Genossen, unter ihnen der Wirthliche Max
Rossm, sein Wesen. Brunk ist schon mehrfach wegen Schwanz bei
Rossm's bestraft worden. Unter großem Lärm, ab und zu einem
Passanten anempfind, zogen die betrunkenen Leute durch Schiditz.
Der Maurer Albert Kales, ein Mann von 37 Jahren, der be-
trunkener als ein Frosch und sieben Kinder zu versorgen hat, be-
fand sich etwa 15 Schritte von seiner in der Dörferstraße belegenen
Wohnung entfernt, als die Wölfe mit offenem Messer über ihn her-
fielen. „Gaa, einem kurzen Wortwechsel, der nur den Ueberfall ein-
leiten sollte, fiel Brunk ihm an und zerstückte ihn in blinder Wuth.
Seinem Schwager kam der Typser Robert Dabme zu Hilfe, aber
auch ihm wurde mit einem furchtbaren Schmitt von Brunk der
Unterleib völlig aufgeschlitzt und Duhme war nach wenigen Mi-
nuten bereits eine Leiche. Brunk und in zweiter Linie auch
Komm haufen wie die wilden Hühner, sie verließen auch den zu-
fällig herbeigekommenen Arbeiter Schulz, und Brunk stach so blind
auf sich, daß er seinem eigenen Genossen einen tiefen Schnitt
in den linken Oberschenkel beibrachte. Darauf verschwand die
Wuth im Dunkel der Nacht. Kales starb nach wenigen Stunden
an innerer Verblutung. Die beiden Messerherben Komm und
Brunk wurden verhaftet, als sie in das Stablagareth kamen, um
die Wunde Komms verbinden zu lassen.

Mittelalterliche Zustände herrschen im Osten unseres
Reiches. Menschen werden wie wilde Thiere niedergeschossen und
liberale Blätter finden nicht ein Wort des Tadel's. In der National-
liberalen „Magdeburger Zeitung“ finden wir folgende Notiz: „Ostrobo
(Ostpreußen), 2. September. Der als gewerksmäßiger „Bildetes
bekannte Vefiger Ott aus Dungen wurde, jagdmäßig ausgerüstet,
mit einem Begleiter in der königlichen Forst-Lagerbuch von zwei
Forstbeamten betrogen. Als er sich verfolgt sah, floh er mit seinem
Genossen. Förster Hoppe rief den Jägern ein dreimaliges „Halt“
zu, das sie jedoch nicht beachteten. Nun machte Hoppe von der ihm
zustehenden Befugniß Gebrauch, indem er auf die Jägern schöß.
Von einer Kugel durch den Hals getroffen, stürzte Ott zur Erde
nieder, während der andere Wildbiidlet entkam. Ott lag auf dem
Transport nach seiner Wohnung; er hinterläßt eine Frau und
mehrere Kinder.“ Der erschlossene Familienvater war also dem
Förster bekannt. Er hätte sein Opfer belangen können, wenn eine
Geleitsverletzung vorgelegen hätte. Der Förster wurde auch nicht
angegriffen, denn der Erschlossene suchte zu fliehen. Der Förster
herunterteilt einen Menschen zum Tode und vollstreckt das Urtheil
infort. Nach den bestehenden Gesetzen ist der Förster in seinem
Recht. Aber die Gesetze sind dem alten Feudalrecht angepaßt, nach
welchem die Jagd das Vorrecht des großen Grundherrn ist und
jede Störung dieses Vorrechtes als todeswürdiges Verbrechen an-
gesehen wird. Es gab eine Zeit, in der die Wortkämpfer des
Bürgertums gegen das Feudalrecht stritten, aber diese Zeit ist
langst verstrichen.

Eisenbahnunglück. Der von Montreal auf der Delaware-
Subanbahn nach Albany laufende Schnellzug ließ Montag Abend
in der Nähe der Station Coboes auf einen offenen Güterwagen.
Bei dem Zusammenstoß wurden 18 Personen getödtet,
zehn tödtlich verletzt.

Eine sehr große Hitze herrscht seit zwei Tagen in Süd-
schottland. Es sind bereits mehrere Todesfälle gemeldet.

Am der Post sind in 167 Districten der Präsidentschaft Dom-
bay in der vorigen Woche über 2000 Todesfälle vorgekommen, in
dem ganzen übrigen Indien sieben, davon in Kalkutta zwei und in
der Präsidentschaft Madras drei.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 7. September 1898.

Eine Partei-Versammlung.

wird am nächsten Sonntag, den 11. September, Vormittags
11 Uhr im Lokale des Herrn Kostrowsky, Lohestraße 75,
tagen. Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Vortrag des
Genossen Julius Fruhs über „Die russische
Friedenslundgebung — Die neue Phase der
Dreyfusaffaire.“ Dann folgt die Berathung
von Anträgen zum Stuttgarter Parteitag
und darauf Beschluffassung über die Be-
schickung des Parteitags.

Die ebenso wichtige, wie interessante Tagesordnung wird
es den Genossen und Genossinnen zur unabweisbaren Pflicht
machen, rechtzeitig zur Versammlung zu erscheinen.

* Die Arbeitsnachweis-Conferenz, die am Mon-
tag in Leipzig unter Ausschluß der Öffentlichkeit und
unter dem Vorfige des bekannten Wortführers des Hamburger
Unternehmertums Dr. Martens, tagte, faßte folgende Reso-
lution: „Die Versammlung spricht ihre Ueberzeugung dahin
aus, daß im Interesse des Groß- und Kleingewerbes der Ar-
beitsnachweis von den Arbeitgebern zu organisiren und zu
handhaben ist.“ Dem Beschuß steht man es von Weitem an,
daß er von dem industrie-feudalistischen Geiste, der die Arbeiter
unter die Notmäßigkeit des Unternehmertums zwingen will,
durchweht ist.

* Ein reizendes Giftörchen vom Bureau-
kratismus erzählt die in Gleiwitz erscheinende „Oberöschle-
Folksstimme“. Sie schreibt:

In irgend einer Stadt Oberschlesiens läßt ein Schulfuge
auf einer Straße, die, nebenbei bemerkt, nur zwei Häuser hat,
einen kleinen Drachen steigen. Der Drache bleibt am
Drahte der elektrischen Feuermeleleitung hängen. Sofort soll
dieser befreit sein. Möglich, aber auch nicht. Ein Polizist
sieht das Unglück des Nachts bei Gasbeleuchtung (?). Anstatt
durch eine einfache Anzeige auf die Entfernung des Hindernisses
zu dringen, nimmt die Geschichte einen colossalen Umfang an.
Der Polizist macht schriftliche Meldung. Der Schriftführer wird
vom Polizei-Commissar eingesehen und wandert zum
Polizei-Inspector. Von da geht's zum Magistrat bezw. zur
Feuerlösch-Commissio. Diese läßt den Drachen durch
einen Schlosser (!) entfernen und stellt beim Magistrat den
Antrag, dem dienstreisigen Schlosser eine Prämie von 25 Pf.
zu bewilligen. Der Schlosser zeigt nun schriftlich an, daß die
Störung beseitigt ist. Die Stadtkassapflege zahlt dem
Polizisten die herrrende Summe von 25 Pf. und läßt sich eine
besondere Dultung geben. Nun erhält der Leiter der
Schule, die der unglückliche Drachenhänger befaßt — 14 Tage
wunde nach ihm gefordert — eine Anweisung, nach der er den
Knaben eingehend zu befragen hat. Der Rector be-
richtet, daß der Schüler verwirrt worden ist. Noch nicht
genug. Nun wird von Seiten der Feuerlösch-Commissio
eine Commission der Schuldeputation ein schriftliches Schrei-
ben gefandt, in welchem letztere aufgefordert wird, durch Ver-
mittelung des Kreisbauinspectors in allen Schul-
systemen der betreffenden Stadt auf die Gefährlichkeit der Störung
einer Feuermeleleitung aufmerksam zu machen und die Kinder
zu verwarnen, Drachen in städtischen Straßen überhaupt
aufsteigen zu lassen. Uß, schrecklich! Noch nicht genug. Die
Rectoren werden von der Schuldeputation mit Instruktionen
versehen. Noch nicht genug. Der Schulinspecteur muß benach-
richtigt werden. Dieser erstattet wieder be: Schuldeputation
Meldung und diese dem Bürgermeister. Endlich kommen
die Schriftföhre in einem Blauen, mit einer gewaltigen Journa-
nummer versehenen Actenbettel und werden zur Ruhe gelast.
Der Büchereiwurm möge es mit ihnen gnädig machen. Die Ce-
cular waren ca. 4 Monate unterwegs.

Hierzu bemerkt die „Bresl. Morgen-Zig“, und die kann
es wissen, da sie ja mit Acturen in communales und
staatlichen Bureau's Verbindung hat: „Die „Oberöschle. Volks-
stimme“ muß nicht etwa glauben, daß nur in ihrer engeren
Heimath der Bureaukratismus solch schändliche Thaten zeitige.
Die kommen bei uns in jeder Verzastung vor, mag sie groß
seien oder klein, feindlich oder feilschig. Ueber die Dringlich-

